

Wessely, Kurt

Article — Digitized Version

Förderung österreichischer Entwicklungsgebiete

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wessely, Kurt (1962) : Förderung österreichischer Entwicklungsgebiete, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 10, pp. 443-449

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133252>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Förderung österreichischer Entwicklungsgebiete

Dr. Kurt Wessely, Wien

Als mit dem Abschluß des Staatsvertrages und dem Abzug der alliierten Besatzungstruppen im Jahre 1955 Österreich mit der politischen auch die wirtschaftliche Freiheit wiedererlangte, tauchte unter vielen anderen auch ein bisher völlig vernachlässigtes, ja kaum bekanntes Problem auf: die Förderung in ihrer Entwicklung zurückgebliebener Landesteile.

Die österreichischen Entwicklungsgebiete

Zunächst schien es, als sollten diese Aufgaben auf die ehemalige östliche Besatzungszone — Niederösterreich, Burgenland sowie das Mühlviertel im nördlichen Oberösterreich und gegebenenfalls die unter sowjetischer Besetzung gewesenen Wiener Bezirke — beschränkt bleiben, für die durch steuerliche Begünstigungen (60 % des Anschaffungswertes als Sonderabschreibung neben der Regelabschreibung für Investitionen bis 1963) und bevorzugte Erteilung von Krediten gesorgt wurde. Das Problem lag aber doch tiefer, als es zunächst den Anschein hatte, da auch die Grenzgebiete im Süden (Südsteiermark und Südkärnten), aber auch einige verkehrsentlegene Landesteile, wie der Salzburger Lungau, ihre Forderungen nach besonderer wirtschaftlicher Förderung anmeldeten.

Es war zwar selbstverständlich, die Vernachlässigung der östlichen Zone, die während der sowjetischen Besetzung von privaten und öffentlichen Investitionen — namentlich auch von der Verteilung von ERP-Mitteln — ausgeschlossen war, zu beheben. Aber an Ostösterreich war nicht nur der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit spurlos vorbeigegangen, sondern es war überhaupt in der wirtschaftlichen Struktur Österreichs ein tiefgreifender Wandel vor sich gegangen, der nicht rückgängig gemacht werden konnte.

Wirtschaftszentrum Wien

Wenn auch im alten Österreich-Ungarn die Bedeutung der böhmisch-mährischen, insbesondere der sudeten-deutschen Industrie die der späteren Republik Österreich übertraf, so besaß der wirtschaftliche Großraum des alten Kaiserreiches doch in und um Wien ein leistungsfähiges Wirtschaftszentrum. Ihm fehlten zwar die Grundstoffindustrien, doch war es sowohl in der Textilproduktion als auch in der Metallbearbeitung bedeutsam für den ganzen Donaauraum. Mit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie wurden

zwar diese im östlichen Teil Österreichs konzentrierten Gebiete notleidend — hier hatte vor allem die damalige Rüstungsindustrie ihren Sitz —, doch blieben die Kapazitäten weitgehend und die Arbeitskräfte gänzlich erhalten. Trotz ihrer Schwäche blieb die ostösterreichische Industrie, die in den Strudel der Weltwirtschaftskrise gezogen wurde, noch immer führend für die ganze Republik, die in der Zwischenkriegszeit nur ein niedriges industrielles Niveau aufwies, da sich lediglich um den Steirischen Erzberg noch schwerindustrielle Reste der alten „Eisenherrlichkeit“ erhalten hatten. Würde man also mit heutigen Augen die Wirtschaftsstruktur der Ersten Republik betrachten, so würde man, unabhängig von der Feststellung, daß die Industrie in Ostösterreich darniederlag, das ganze westliche und einen Großteil des südlichen Österreichs als wirtschaftlich zurückgeblieben bezeichnen müssen.

Die Rolle industrieller Investitionen und des Fremdenverkehrs für Westösterreich

Die schwerindustriellen Investitionen während der deutschen Herrschaft und ihr konsequenter Ausbau durch ERP-Mittel brachten eine grundlegende Änderung. Die westlichen Gebiete Österreichs, namentlich in Oberösterreich und Salzburg, haben wirtschaftlich aufgeholt, so daß auch ohne die Auswirkungen der Kriegszerstörungen, Demontagen und die sowjetische Besetzung eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur entstanden wäre. Dazu kommt noch der rasche Aufschwung des Fremdenverkehrs, von dem die sowjetisch besetzte Zone Österreichs abgeschnitten war, die darin aber auch unter günstigeren Verhältnissen mit dem Westen nicht voll hätte konkurrieren können. Denn Westösterreich liegt für die deutschen Reisenden, die die Masse des österreichischen Fremdenverkehrs stellen, günstiger als der Osten, es ist auch reicher an Naturschönheiten, und außerdem bietet die Ausübung des alpinen Skisports Gelegenheit für zwei Saisons im Jahr, wodurch Investitionen für Hotel- und Verkehrseinrichtungen weitaus rentabler als im Osten des Landes sind.

Die Situation der verkehrsentlegenen Grenzgebiete

Mit diesen Fakten muß also die Förderung der wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebiete in Österreich rechnen. Besondere Probleme aber wirft die Lage gewisser Grenzgebiete Österreichs auf, namentlich an der tschechischen und der ungarischen Grenze, die



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA

ein einst zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet zerschneidet, den Verkehr behindert und industriellen Neugründungen wenig günstig ist. Auch der Fremdenverkehr kann sich in diesen Grenzgebieten nicht so wie in den anderen Landesteilen entwickeln, wenn auch der „Eiserne Vorhang“ immer wieder Neugierige anlockt. Weniger gilt dies für die Grenzgebiete gegenüber Jugoslawien, weil hier ernste Grenzwischenfälle selten sind und der Reiseverkehr auch über die Grenze geht, so daß hier mehr die Entfernung von den wirtschaftlichen Zentren Österreichs als die eigentliche Grenzlage der Gebiete erschwerend wirkt. Gemeinsam ist allen diesen Grenzgebieten der Mangel an Industrie.

Betrachtet man die wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebiete Österreichs, so wird man also feststellen, daß im Kernraum von Niederösterreich nur die Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft und die Vernachlässigung der Investitionstätigkeit während der Sowjetherrschaft nachwirken — also Nachteile, die verhältnismäßig leicht, nämlich durch entsprechende Investitionen bei den bestehenden Betrieben ausgeglichen werden können.

Anders steht es mit den verkehrsentlegenen, grenznahen Gebieten im Norden von Ober- und Niederösterreich, die — von Ansätzen der Glasindustrie und einigen Textilbetrieben abgesehen — von der Industrieperiode unserer Zeit bisher überhaupt nicht berührt worden sind. Das gleiche gilt auch für das Burgenland, den deutschsprachigen Grenzsaum Westungarns, der vor vierzig Jahren der Republik Österreich angegliedert wurde.

Im Burgenland findet sich noch die Sozialstruktur des ehemaligen Königreiches Ungarn, nämlich Latifundien und wenig abgerundete Bauernanwesen, so daß ein Großteil der Bevölkerung zwar der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugerechnet wird, aber nur als Kleinpächter oder Saisonarbeiter in der Landwirtschaft tätig ist und sich im übrigen Österreich als Tagelöhner verdingt. Dadurch entgehen aber den burgenländischen Gemeinden die Steuern dieser Arbeiter, die Gemeinden bleiben wirtschaftlich schwach und können es in ihren Leistungen mit dem übrigen Österreich nicht aufnehmen. Diese typischen Erscheinungen von Entwicklungsgebieten werden aber noch dadurch verstärkt, daß die burgenländischen Gemeinden, nachdem sie während des Krieges den Bundesländern Niederösterreich und Steiermark angeschlos-

sen gewesen waren, wieder das selbständige Bundesland Burgenland bilden, das landwirtschaftlich und industriell zurückgeblieben ist.

Industriebeschäftigte in den einzelnen Bundesländern

Bundesland	Juni 1936	März 1954	März 1956	März 1958	März 1959
Wien	101 399	129 169	169 078	177 239	173 635
Anteil in %	100	127,4	166,7	174,8	171,2
Niederösterreich	64 231	69 449	103 979	107 416	104 795
Anteil in %	100	108,1	161,9	167,2	163,2
Burgenland	3 207	4 390	4 045	4 324	4 353
Anteil in %	100	136,9	126,1	134,8	135,7
Oberösterreich	27 776	79 361	93 246	97 641	98 509
Anteil in %	100	285,7	335,7	351,5	354,6
Salzburg	4 404	12 843	15 404	15 044	14 511
Anteil in %	100	291,6	350,0	341,6	329,5
Kärnten	11 304	19 284	21 961	22 776	23 351
Anteil in %	100	170,6	194,3	201,5	206,6
Steiermark	39 998	84 046	94 657	95 127	92 017
Anteil in %	100	210,1	236,7	237,8	230,1
Tirol	8 113	20 798	23 256	24 380	24 251
Anteil in %	100	256,4	286,7	300,5	298,9
Vorarlberg	12 398	23 429	25 598	28 498	27 355
Anteil in %	100	189,0	206,5	229,9	220,6
Österreich insges.	272 830	442 769	551 224	572 445	562 777
Anteil in %	100	162,3	202,0	209,8	206,3

Quelle: „Neuland“, Offizielles Organ der Vereine zur Förderung der Aufbaugebiete. Jahrg. 1958/59, Heft IV, S. 174.

Das wirtschaftliche Gefälle von Westen nach Osten

Untersuchungen, die auf Grund der Einkommensverhältnisse des Jahres 1957 angestellt wurden, zeigen, daß das Nettoeinkommen pro Kopf der Bevölkerung im Burgenland um 25 % unter dem österreichischen Durchschnitt liegt, in Niederösterreich um 11 % und in den beiden anderen Bundesländern mit förderungswürdigen Grenzgebieten, nämlich Steiermark und Kärnten, um 10 bzw. 12 %. Auch Oberösterreich kann, obwohl es im Westen liegt, infolge des zurückgebliebenen nördlichen Gebietes (Mühlviertel) den Bundesdurchschnitt nicht erreichen (nur 94 % des Durchschnitts), während Salzburg und Vorarlberg (mit 102 bzw. 103 %) etwas darüber und Tirol (mit 97 %) knapp darunter liegen. Bevorzugt ist Wien, das ein eigenes Bundesland bildet und dessen Bewohner als reine Städter den Bundesdurchschnitt um 28 % überschreiten.

Wenn also der Sonderfall Wien außer Betracht bleibt — bei den Wiener Erwerbstätigen liegt das Einkommen um 29 % über, bei den burgenländischen sogar um 31 % unter dem Bundesdurchschnitt —, so zeigt sich also tatsächlich, daß ein beträchtliches Gefälle von Westen nach Osten besteht. Es sinkt proportional mit dem Anteil des gewerblichen Einkommens bzw. steigt mit dem Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Einkommens am Volkseinkommen der

österreichischen Bundesländer. So beträgt nach vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung von 1961 der Anteil der zur gewerblichen Wirtschaft Zählenden in Niederösterreich 51 %, im Burgenland nur 42 %, in den westlichen Bundesländern 52—55 %, in Vorarlberg sogar 67 % (bezogen auf die Landeseinwohner).

Das Volkseinkommen nach Einkommensarten 1957
(Anteile in %)

Bundesland	Löhne und Gehälter	Gewerbl. Einkommen	Land- u. forstw. Einkommen	Sonstige Einkommen ¹⁾	Volkseinkommen insgesamt
Wien	67,5	23,1	0,3	9,1	100,0
Vorarlberg	60,5	25,1	6,9	7,5	100,0
Salzburg	58,8	23,8	9,3	8,1	100,0
Tirol	55,5	27,0	10,9	6,6	100,0
Oberösterreich	60,0	17,0	14,3	8,7	100,0
Steiermark	60,8	16,5	12,5	10,2	100,0
Kärnten	59,0	19,3	14,1	7,6	100,0
Niederösterreich	52,6	17,2	19,5	10,7	100,0
Burgenland	40,0	16,5	38,7	4,8	100,0
Österreich insges.	60,4	20,2	10,3	9,1	100,0

¹⁾ Einkommen aus selbständiger Arbeit, Vermietung, Verpachtung, Kapitalvermögen, unverteilte Gewinne von Kapitalgesellschaften, Einkommen der öffentlichen Hand aus Besitz und Unternehmung.
Quelle: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Beilage Nr. 60, Dezember 1959, S. 16.

Die bundesstaatliche Kompetenzverteilung und die Entwicklungshilfe

Um diese ungleichmäßige Verteilung des Volkseinkommens zu beheben, erschien es am zweckmäßigsten, in den Randgebieten Österreichs gewerbliche und industrielle Dauerarbeitsplätze zu schaffen und

durch Verkehrsverbesserungen gleichzeitig für eine Erhöhung des Fremdenverkehrs zu sorgen. Diese Maßnahmen konnten weder von den zu fördernden Gemeinden noch von den Bundesländern allein geleistet werden, so daß der Bund mithelfen mußte. Die Schwierigkeiten lagen nicht nur bei der Aufbringung der Mittel, sondern auch bei der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung. Es konnte nämlich nicht bestritten werden, daß die Förderung wirtschaftlich unterentwickelter Gebiete verfassungsgemäß in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt, so daß diese eine finanzielle Grundleistung erbringen müssen, wenn der Bund einspringen soll. Dies erfolgte erstmals im Finanzausgleichsgesetz 1959, Artikel III, in dem Bundesmittel für die Förderung der unterentwickelten Gebiete bereitgestellt wurden, die vom Bundesminister für Finanzen nach Fühlungnahme mit dem Minister für Soziale Verwaltung und nach Anhörung der Bundesländer verteilt wurden.

Das Sozialministerium ist bemüht, sich in die Gewinnung von Industriebetrieben einzuschalten. Es schuf einen „Informationsdienst für Betriebs- und Filialneugründungen in österreichischen Entwicklungsgebieten“, der eine rege Werbe- und Aufklärungstätigkeit auch auf österreichischen und deutschen Messen veranstaltet. Er berichtet, daß er 1960 16 Betriebsgründungen angebahnt habe mit (Anfang 1961) 828 Arbeitsplätzen, die auf 2600 erhöht werden sollen. Diese Tätigkeit erfolgt konkurrierend mit der Tätigkeit der

Lufthansa täglich nonstop usa

LH 54



Lufthansa täglich

Schnellste Lufthansa-Direktflüge nach NEW YORK, CHICAGO, SAN FRANCISCO und MONTREAL/Canada. Günstige Möglichkeiten zum Weiterflug nach allen bedeutenden amerikanischen Städten am gleichen Tage. Auf allen Nordatlantikflügen Economy- und Lufthansa-Senator Service. Erheblich reduzierte Flugpreise für 17-Tage-Reisen in der Economy-Klasse und Familienreisen, gültig ab 1. Oktober, eröffnen neue Reismöglichkeiten.

Informieren Sie sich bitte bei Ihrem IATA-Flugreisebüro



LUFTHANSA

führend im Service

**DEUTSCHE SACHVERSICHERUNG
EIGENHILFE**
AKTIENGESELLSCHAFT
HAMBURG 1 · STEINSTR. 27 · RUF: 321013

Förderungsvereine und der Kommunalbank, was zu Mehrfachzahlungen und zu einer Doppelgleisigkeit führt. Darunter haben auch die Planungsarbeiten, in die das Wiener Raumforschungsinstitut eingeschaltet ist, zu leiden (abweichende Auffassungen über die Förderungswürdigkeit von Gebieten).¹⁾

Hatte der Finanzminister zunächst eine 50%ige Beteiligung der Bundesländer an den von ihm bewilligten Förderungsmitteln vorgesehen, so begnügte er sich mit einer Beteiligung von rund einem Drittel, wenn unterdurchschnittliche Steuerkraft oder überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit eine besondere Unterstützung erforderlich machten, und von nur einem Viertel, wenn beide Merkmale zutrafen.

Nach den Richtlinien für das Jahr 1961 darf der Bundeszuschuß nicht höher sein als die dreifache Grundleistung des Bundeslandes, wenn das zu fördernde Vorhaben in einem Gerichtsbezirk liegt, dessen Steuerkraft 1958 die Hälfte des Bundesdurchschnitts nicht erreichte und dessen Arbeitslosenquote 1959 außerdem den Bundesdurchschnitt um mehr als 25 % überstieg. Trifft nur eines dieser Merkmale zu — also entweder geringe Steuerkraft oder hohe Arbeitslosenquote —, so darf der Bundeszuschuß das Doppelte der Grundleistung des Bundeslandes nicht übersteigen.

¹⁾ Vgl.: Österreichisches Jahrbuch 1960, S. 260.

Kriterien für die Gewährung von Bundeszuschüssen

Bundeszuschüsse werden jedoch nicht an alle Gebiete Österreichs vergeben, sondern es wurde eine Liste jener Gerichtsbezirke aufgestellt, für die Bundeszuschüsse in Frage kommen, wobei für jeden Bezirk gesondert vermerkt wird, ob das Kriterium der Steuerkraft oder der Arbeitslosenquote oder beide Kriterien maßgebend sind. Auf Grund dieser Liste wurden für förderungswürdig erklärt: zunächst das ganze Burgenland (7 Gerichtsbezirke), ein großer Teil von Niederösterreich, namentlich das ganze Waldviertel, aber auch der Gerichtsbezirk Wiener Neustadt, dessen Industrie durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse vernichtet worden war (zusammen 30 Gerichtsbezirke); in Oberösterreich 22 Gerichtsbezirke, darunter das ganze Mühlviertel, in der Steiermark 20 Gerichtsbezirke, darunter ganz Südsteiermark, in Kärnten 16 Gerichtsbezirke, darunter ganz Südkärnten, aber auch die hochalpinen Gebiete um den Großglockner, die ihre Fortsetzung in Osttirol finden (in ganz Tirol 7 Gerichtsbezirke); in Salzburg 3 Gerichtsbezirke, darunter der Lungau, und schließlich in Vorarlberg die Gemeinden des Großen Walsertales.

Nach den Richtlinien des Finanzministeriums für das Jahr 1961²⁾ dienen die zum Einsatz gelangenden Bundesmittel zur Verstärkung der für die Förderung der unterentwickelten Gebiete bereitgestellten Ländermittel. Bundeszuschüsse dürfen nur für solche Zwecke in Anspruch genommen werden, für die keine anderweitigen Förderungsmittel des Bundes eingesetzt werden. Ihr Einsatz hat sich auf den Aufbau von Straßen und Brücken, auf die Förderung der Gründung oder Erweiterung von industriellen oder gewerblichen Betrieben, auf den Ausbau des Fremdenverkehrs und auf die Besitzfestigung von kleinen Landwirten und kleinen Gewerbetreibenden zu beschränken. Tatsächlich aber wird ein Großteil der für die genannten Zwecke vorgesehenen Bundesmittel von jährlich 100 Mill. S für andere Zwecke verwendet und kommt daher nur indirekt der Entwicklungsförderung zugute.

Indirekte Entwicklungsförderung

Als nämlich im Jahre 1920 eine Volksabstimmung über den Verbleib Südkärntens bei Österreich entschied, versprach der Bund die Schaffung einer Eisenbahnverbindung nach Ostkärnten, da die direkte Eisenbahnlinie über jugoslawisches Gebiet führt. An dieses Versprechen wurde der Bund anlässlich der Vierzigjahrfeier der Volksabstimmung erinnert, und es wurde unter Protest der Bundesbahnen der Bau dieser sogenannten Jauntalbahn beschlossen, die heute naturgemäß weit weniger zur Erschließung Ostkärntens beitragen kann, als dies vor vierzig Jahren der Fall gewesen wäre. Die Kosten dieses Bahnbaues werden den Mitteln für die Entwicklungshilfe

²⁾ „Wirtschaft im Neuland“, 1961, S. 1—4. Diese Zeitschrift ist das offizielle Organ des Vereins zur Förderung der Aufbaugebiete und behandelt außerdem Wirtschaftsfragen der österreichischen Grenzländer.

angerechnet. Ohne diesen Bahnbau wären die Mittel zur Förderung der unterentwickelten Gebiete (die 1961 mit 50 Mill. S ausgewiesen werden) mehr als doppelt so hoch gewesen, da für diesen Bahnbau im Jahre 1960 54 Mill. S, 1961 72 Mill. S und im Vorschlag 1962 54,5 Mill. S ausgegeben bzw. vorgesehen wurden. Die Jahresfeier der Kärntner Volksabstimmung im Jahre 1960 wurde noch durch eine Sonderdotations von 10 Mill. S gewürdigt. Ebenfalls mit 10 Mill. S wurde die Vierzigjahresfeier der Eingliederung des Burgenlandes (1921—1961) gewürdigt. Beide Dotationen wurden ebenfalls auf das Konto der Förderungsmaßnahmen für die unterentwickelten Gebiete geschrieben.

Von dem Großprojekt der Jauntalbahn abgesehen, die einem einzigen Bundesland zugute kommt, reichen die Mittel des Bundes nicht, um die Wirtschaft der zu fördernden Gebiete nachhaltig zu wandeln. Dazu kommt noch, daß die Bundesbeiträge nach einem ungemein komplizierten Verfahren, das in dem bundesstaatlichen Aufbau Österreichs begründet liegt, auf die anspruchsberechtigten Länder aufgeteilt werden müssen. Auch aus diesem Grunde ist eine Schwerpunktbildung des Einsatzes der Bundesmittel nicht möglich.

Trotzdem konnte eine erfolgreiche Förderung dieser Gebiete bereits in die Wege geleitet werden, da auch Landesmittel mit eingesetzt werden und weil sich die Gemeinden bemühen, durch Entgegenkommen aller Art die Ansiedlung neuer Betriebe zu fördern. Dazu gehört nicht nur die Zusage von lokalen Steuererleichterungen — nämlich bei der den Gemeinden zustehenden Gewerbesteuer —, die zur allgemeinen Begünstigung von Abschreibungen hinzukommen, sondern auch die bevorzugte Bereitstellung von Grund und Boden sowie die unentgeltliche oder niedrig bemessene Durchführung von Aufschlußarbeiten.

Die Investitionswerber haben auch bald erkannt, daß gerade diese Art der Förderung, bei der sich das Burgenland besonders großzügig zeigt, ihnen die Stellung mancher Forderungen erlaubt. Es hat ein förm-

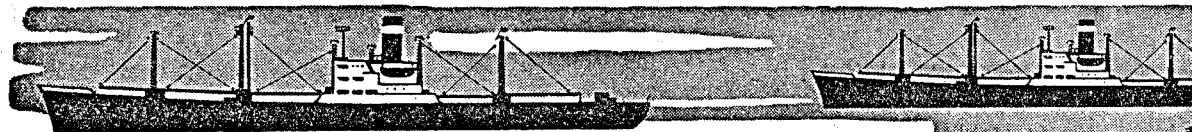
liches Wettrennen um solche Investoren eingesetzt. Dadurch sind auch die Auslagen der Gemeinden zur Gewinnung neuer Betriebe angestiegen.

Finanzierungsinstitut des Bundes für Entwicklungsaufgaben

Die Erbringung solcher Leistungen ging selbstverständlich über die Kräfte der Gemeinden hinaus, denn es handelt sich ja meist um arme und reservenlose Gemeinden. Damit die ganze Entwicklungstätigkeit nicht daran scheitert, hat sich der Bund entschlossen, die Schaffung eines eigenen Finanzierungsinstituts zu fördern. Es ist die „Österreichische Kommunalkredit-AG zur Aufschließung von Industriegelände“, die im Jahre 1958 mit einem stufenweise eingezahlten Aktienkapital von 40 Mill. S von den österreichischen Großbanken, Landeshypothekenanstalten, Spar- und Versicherungsanstalten, namentlich den Kapitalsammelstellen der Stadt Wien, in Wien gegründet wurde. Dem Institut wurde bei seiner Gründung ein langfristiges Darlehen aus ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt, es hat Kreditzusagen seiner Gründer erhalten und erwartet weitere Freigaben aus ERP-Mitteln, die allerdings seit 1960 infolge Meinungsverschiedenheiten zunächst mit amerikanischen, dann innerhalb österreichischer Stellen blockiert sind.³⁾

Die Kommunalkredit-AG hat, wie schon ihr Name sagt, die Aufgabe, durch Gewährung langfristiger Kredite an die Gemeinden zur Aufschließung von Industriegelände und zur Erstellung von Einrichtungen, die die Ansiedlung von Industrieunternehmen erleichtern, beizutragen. Sie hat dazu eine Broschüre herausgegeben, auf die sich schon nach kurzer Zeit 30 Gemeinden als Interessenten für kommunale Entwicklungskredite meldeten. Bei der Bearbeitung die-

³⁾ Die Gründung dieses Instituts, das vorwiegend gemeinwirtschaftlichen Zwecken dient, war den österreichischen Proporzverhältnissen entsprechend junktimiert mit der Errichtung der „Österreichischen Investitionskredit-AG“ (42 Mill. S Aktienkapital), die mit Bundesgarantie zwei Weltbankdarlehen von 19,2 Mill. S an die österreichische Privatindustrie weiterversgab und außerdem für ähnliche Zwecke mit 80 Mill. S aus ERP-Mitteln dotiert wurde. Es scheint, daß dieses Institut auch bereit ist, sich an Entwicklungskrediten zu beteiligen.



Wöchentliche Fracht-Schnelldienste nach den USA

Wöchentliche Abfahrten von Bremen, Bremerhaven und Hamburg direkt nach New York und anderen amerikanischen Häfen. — Weitere Dienste von den USA nach Australien und Fernost.

United States Lines

52 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG

Telefon: 32 16 71

Fernschr.: 021 2873

BREMEN

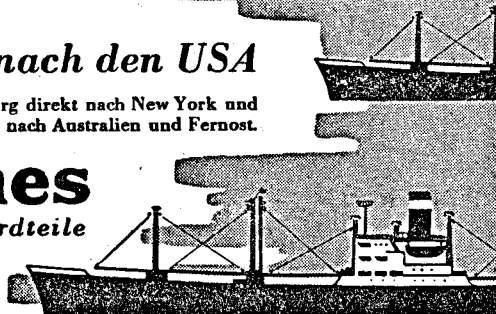
Telefon: 30 08 11-17

Fernschr.: 024 4307

BRERHAVEN

Telefon: 4 69 51

Fernschr.: 023 8716



ser Projekte, die keineswegs auf die staatlicherseits erklärten Entwicklungsgebiete beschränkt waren, konnten bis Ende 1960 — nach Ausscheidung wenig aussichtsreicher Projekte und Aufnahme neuer Bewerbungen — 34 Darlehen im Gesamtbetrag von 73 Mill. S. bewilligt werden, die allerdings erst 1960/61 zur Auszahlung gelangten. Mehr als die Hälfte dieser Kredite entfällt auf das Burgenland, der Rest vorwiegend auf Kärnten. Man rechnet damit, daß durch die bisher bewilligten Projekte etwa 2600 zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen wurden. Da einige dieser Betriebe sich noch ausdehnen werden, dürften rund 4000 Personen Beschäftigung finden. Hierbei handelt es sich meist um Betriebe der Lebensmittel- und Baustoffherzeugung, der Textil-, Möbel- und Grundstoffindustrie, vereinzelt auch um Betriebe der Metallwarenerzeugung und des Maschinenbaus.

Hilfsorganisationen mit Unterstützung der Länder

Wenn auch die Kommunalkredit-AG maßgebend an dieser Entwicklung beteiligt ist, so sind daneben auch noch andere Kräfte am Werke. Im Burgenland wurde ein Verein zur Förderung der burgenländischen Wirtschaft gebildet, in Niederösterreich wurden außer einem Landesverein zur Förderung der Wirtschaft noch zwei regionale Entwicklungsvereine für das Obere Waldviertel und Wiener Neustadt sowie schließlich ein Verein zur Förderung der Wirtschaft des Mühlviertels gegründet, und zwar alle unter Beteiligung der Kammern und mit Unterstützung der Landesregierungen. Alle diese Vereine fördern ebenfalls die Industrieansiedlung. Besonders erfolgreich ist dabei der burgenländische Verein, der 300 Interessenten für Betriebsneugründungen gefunden hat, 100 Projekte intensiv bearbeitete und 44 Projekte realisieren konnte, bei denen es in einigen Fällen allerdings auch zu empfindlichen Rückschlägen kam. Dank der Tätigkeit des Vereins konnten bereits 2000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, während in Niederösterreich 1900 Arbeitsplätze gewonnen werden konnten (ein Teil dieser Projekte und Arbeitsplätze ist natürlich in der Aufstellung der Kommunalkredit-AG mit enthalten).

In Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel) zeigt sich die Tätigkeit des „Vereins zur Förderung der Wirtschaft des Mühlviertels“ vor allem durch Einschaltung in eine Kreditaktion, durch die gewerblichen Betrieben durch Zuschüsse der Landesregierung zinsverbilligte Kredite vergeben werden, um den Gewerbetreibenden den Anschluß an die Konjunktur der südlichen, früher zur amerikanischen Besatzungszone gehörenden Landesteile zu erleichtern. Bei dieser Aktion wurden 1959 481 Kredite im Gesamtbetrag von 33,8 Mill. S., 1960 363 Kredite in Höhe von 25,4 Mill. S. vergeben (im Jahre 1958 waren Kredite von 42,4 Mill. S. vorwiegend aus ERP-Mitteln, gewährt worden).

Besondere Rolle des Fremdenverkehrs und der Konsumgüterindustrie

Bei dieser Kreditvergabe, die meist bestehenden gewerblichen Unternehmen zugute kommt, wird besonderer Wert auf die Förderung des Fremdenverkehrs gelegt, die auch in Niederösterreich stark beachtet wird. In Oberösterreich hofft man, auch Fremde aus dem benachbarten Bayern für die Gebiete des Böhmer Waldes gewinnen zu können — es gelang auch, den Neubau einer Donaubrücke zu erreichen —, während Niederösterreich sich Vorteile aus dem Bau der Autobahn Wien—Bayern erhofft und das nördliche Burgenland mit seinem Neusiedler-See bereits von den motorisierten Wienern aus seinem Dornröschenschlaf geweckt wurde. Dafür hat man durch Straßenbauten noch während der sowjetischen Besatzungszeit — vielleicht auch den militärischen Wünschen der Besatzungsmacht folgend — rechtzeitig Vorsorge getroffen. Die Neuaufstellung des Bundesheeres führte auch in den förderungswürdigen Grenzgebieten zum Bau von Kasernen und zur Verlegung starker Garnisonen, deren wirtschaftlicher Einfluß in manchen entlegenen Orten den des Fremdenverkehrs übertrifft.

Bei den neu errichteten oder ausgeweiteten Betrieben handelt es sich vorwiegend um solche der Konsumgüterindustrie. Das ist insbesondere dort von Bedeutung, wo zwar die ortsansässige männliche Bevölkerung Arbeit in wiederaufgebauten alten Betrieben fand, die nach dem Ende der sowjetischen Besatzung



Die

DEUTSCHE BUNDESBAHN

unabhängig von Witterung und Jahreszeit für alle Güter

Ihr Verkehrsunternehmen

Bundesbahndirektion Hamburg

durch allgemeine Kredite gefördert wurden, wo aber für die Frauen keine Arbeitsplätze vorhanden waren. Dies gilt vor allem für das Industriegebiet in und um Wiener Neustadt, wo früher die Rüstungs- und Metallindustrie dominierten.

Landflucht und soziologische Umschichtung

Die schönen Erfolge, die bereits erzielt wurden, können natürlich die Abwanderung aus den Randgebieten Österreichs in den vergangenen Jahren nicht rückgängig machen, so daß die bevölkerungspolitische Lage dieser Gebiete mit einer schweren Hypothek belastet bleibt. Die in der Entwicklungsförderung zum Ausdruck kommende Tendenz scheint die Landflucht zu bekräftigen, die jedoch von einsichtsvollen Agrarpolitikern als notwendiges Übel zur Besserstellung der auf dem Lande verbliebenen bäuerlichen Bevölkerung betrachtet wird. Die Umstrukturierung führt daher

auch zu manchen soziologischen und nicht zuletzt zu parteipolitischen Umschichtungen, so daß die Entwicklungspläne auf gewisse konservative Bedenken stoßen.

Daß sie trotzdem so rasch verwirklicht werden konnten, hat nicht zuletzt seinen Grund in den großen steuerlichen Vorteilen für die Errichtung von Betrieben in den förderungswürdigen Gebieten sowie in dem Bestreben ausländischer, meist deutscher Investoren, auch das Lohngefälle zwischen Westeuropa und Ostösterreich auszunutzen. Ob die Spekulation, über Österreich Eingang in die EFTA zu finden, richtig ist, möchte man nach der letzten Entwicklung bezweifeln. Die meisten dieser Betriebe werden aber ihren Platz im österreichischen Inlandsmarkt und im EWG-Raum auch nach der Assoziierung Österreichs behaupten können. Es kommt ihnen jedenfalls zugute, daß sie in den Entwicklungsgebieten bisher brachliegende, in Westeuropa sonst knappe Arbeitskräfte gewinnen konnten.

Marokkanische Wirtschaftsprobleme

Dr. Axel v. Gadolin, Helsinki

Das Staatsgebiet Marokkos, das nunmehr mit 520 760 qkm angegeben wird, entspricht der Fläche Frankreichs; jedoch muß etwa ein Drittel der Fläche als Gebirge und Wüstenland angesprochen werden. Der nordwestliche, dem Atlantik zugewendete Teil des Landes ist Kulturland. Im Norden wird das Land weitgehend durch das Rifgebirge vom Mittelmeer abgeriegelt, während das mittlere Marokko von den drei Hauptketten des Mittelatlás ausgefüllt wird. Eine Mauer gegen die Wüste stellt der Hohe Atlas dar, der am Draafluß noch ein Pendant in der Bergkette des Anti-Atlas hat. Es folgt die Sahara, deren Hauptfläche zu Algerien gehört. Im Süden besitzt Marokko noch eine kürzere gemeinsame Grenze mit dem spanischen Rio de Oro, während Mauretanien einen Keil zwischen Algerien und Rio de Oro bis zum Knie der marokkanischen Südgrenze treibt. Marokko kennt ferner immer noch drei kleine spanische Enklaven, Melilla und Ceuta im Norden sowie Ifni im Südwesten.

Wasserwirtschaft erste Voraussetzung

Das Land ist infolge der Gebirgsketten, die im Hohen Atlas Höhen über 4000 m erreichen, wasserreich, obwohl der Niederschlag sehr unausgeglichen ist. Deswegen war die Wasserverteilung immer die Voraussetzung einer blühenden Landwirtschaft. Eine erfolgreiche Wasserverteilung setzt aber eine effektive Staatsmacht voraus, die es sowohl zu römischen als auch zu arabischen Zeiten gegeben hat. Der Verfall setzte verhältnismäßig spät ein — etwa um 1700 n. Chr. —, der Wiederaufbau begann mit der Errichtung des französischen Protektorats im Jahre 1912. Der seit 1956 wieder unabhängige marokkanische Staat ist an der Entwicklung der Wasserwirtschaft

ganz besonders interessiert, zumal ein neuer Aspekt, die Energiegewinnung, hinzugekommen ist. Man dürfte heute rd. 1 Mrd. kWh jährlich durch hydroelektrische Anlagen gewinnen. Der größte Stausee, Bin-el-Ouidane im südwestlichsten Teil des Mittleren Atlas, mißt 12 km Länge und 5 km Breite. Die mächtigsten Flüsse sind: Moulouya, der zwischen dem Mittleren und dem Hohen Atlas nach Nordosten ins Mittelmeer fließt, Sebou, der die Gewässer von der Nordseite des Mittleren Atlas sammelt und sie ins Atlantische Meer führt, Er Rbia, der bei Azemmour ins Atlantische Meer mündet, und auf der Rückseite des Hohen Atlas der spätere Wüstenfluß Draa.

Wasserwirtschaft und Energiegewinnung sind ein Kapitel für sich. Man nutzt nicht nur die Flüsse und baut große Staubecken, sondern nimmt auch Serien von sog. artesischen Brunnen in Anspruch. So wird die wüstenähnliche Gegend zwischen Marrakesch und El Jadida (Mazagan) gegenwärtig durch ein gewaltiges Irrigationssystem erschlossen. Zahlreiche artesischen Brunnen, die mit Motoren betrieben werden, pumpen Wasser in ein System von offenen halbrunden Tonrinnen, die sich meilenweit durch die Landschaft ziehen. Für die Herstellung der Rinnen und Röhren wurde ein ganzer Fabrikkomplex aufgebaut. Wasserdiebstahl wird in Marokko streng bestraft, mitunter noch strenger als Totschlag. Die gegenwärtige Wasserplanung sieht eine gesamte Irrigationsfläche von rd. 1 Mill. ha vor, die neu gewonnen wird. Es ist interessant festzustellen, daß in Marrakesch uralte Bewässerungsanlagen aus der großen alten Zeit Marokkos noch vollauf funktionieren. Als man dem Gründer von Marrakesch, Youssuf, vor 900 Jahren die Frage stellte, woher er das Wasser für die Neugrün-